

Pressemitteilung

Deutsches Institut für Urbanistik

Sybille Wenke-Thiem

10.04.2000

<http://idw-online.de/de/news19701>

Forschungsergebnisse, Wissenschaftliche Publikationen

Biologie, Gesellschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaften, Meer / Klima, Politik, Recht, Umwelt / Ökologie, Wirtschaft
überregional

Die Zukunft der Arbeit in der Stadt

Die Zukunft der Arbeit in der Stadt

Difu-Studie zeigt, was auf die Städte zukommt und
was die Kommunen tun können

Eine der größten Gefahren für den Zusammenhalt der Städte ist die Arbeitslosigkeit, mit den Folgen von Armut, Ausgrenzung und Kriminalität. In Deutschland gibt es bereits Stadtbezirke, in denen jeder zweite Jugendliche keine Arbeit hat. Und in manchen Gegenden der neuen Länder ist statistisch in jeder Familie eine Person durch Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichzeitig wird über eine "Green-Card" für IT-Spezialisten aus dem Ausland diskutiert, um das Wachstum dieser Branche Deutschlands nicht zu gefährden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat soeben eine umfangreiche Studie über die Zukunft der Arbeit in der Stadt veröffentlicht. Zentrale Fragen waren: Wie sieht die Zukunft der Erwerbsarbeit aus, welches sind die Handlungsmöglichkeiten des Staates und vor allem der Kommunen, was kann man von guten Beispielen im In- und Ausland lernen? Am Beispiel der fünf Großstädte Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Wien wurden aktuelle Entwicklungen untersucht und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen.

In der Debatte um die Zukunft der Arbeit in Deutschland sind unter Experten die großen Trends unstrittig:

- wachsende Rationalisierungsmöglichkeiten in den Unternehmen,
- Qualifikationsdefizite, Arbeitskräftemangel (IT-Fachkräfte) bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit,
- Beschäftigungschancen in der New-Economy,
- Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses oder die
- Notwendigkeit lebenslangen Lernens.

Weniger Einigkeit besteht darüber, welche Folgen diese Trends für die Erwerbsarbeit haben. Die Aussagen reichen von der Prognose des Endes der Erwerbsarbeitsgesellschaft und dem notwendigen Übergang in eine "Tätigkeitsgesellschaft", die durch einen geringen Anteil an Erwerbsarbeit und eine höhere Bedeutung von Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement gekennzeichnet ist, bis hin zu der Hoffnung auf neue Wachstumsschübe, durch die viele neue Arbeitsplätze entstehen.

Eine dynamische prosperierende Unternehmensentwicklung führt - auch verursacht durch die Globalisierung - nicht zwangsläufig zu mehr Arbeitsplätzen am Unternehmensstandort. Wenn ein Unternehmen am Wirtschaftsstandort Stadt positive Zahlen ausweist, profitieren nicht automatisch Stadt und Bewohner davon. Im Gegenteil: Durch die gestiegene Arbeitslosigkeit sind die zusätzlichen sozialen und finanziellen Lasten der Städte und Gemeinden kaum noch

zu bewältigen. Städte geraten in Gefahr, die Integration von Familien, Jugendlichen, sozial Schwachen, Arbeitslosen oder Ausländern im "Gemeinwesen Stadt" nicht mehr leisten zu können.

So sind die Kommunen zu aktivem Handeln gezwungen - unabhängig davon, ob sie formal für Arbeitsmarktpolitik zuständig, dafür qualifiziert oder mit Instrumenten und finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Allerdings darf das nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Kommunen die Ursachen der Arbeitslosigkeit weder entscheidend beeinflussen noch ändern können. Zielsetzung auf kommunaler Ebene kann und darf daher nicht ausschließlich der Abbau von Arbeitslosigkeit, sondern vielmehr der Umgang mit Arbeitslosigkeit sein; dies ist nicht nur ein sprachlicher Unterschied.

Trotz des umfassenden Wandels in der Arbeitswelt und den damit verbundenen Handlungsanforderungen haben die Städte die Chance, gerade durch diese Veränderungen auch zu gewinnen. Schließlich werden die Stadtregionen künftig die Orte sein, in denen neue Beschäftigungspotenziale entstehen. In der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bieten vor allem die großen Städte beste Voraussetzungen für die Wissensvermehrung. Zudem sind sie häufig Innovatoren und können so Wesentliches für die Weiterentwicklung der Erwerbsarbeitsgesellschaft leisten.

Um ihren Handlungsspielraum auszuschöpfen, sollten daher Kommunen die vor Ort bestehende Chance zur direkten Zusammenarbeit zwischen Politik und Akteuren intensiver nutzen. Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen liegen vor allem in der Vernetzung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Auf diese Weise können Kommunen wirtschaftliche, soziale und gemeinwohlorientierte Ziele wie Sicherung des Standortes Stadt, soziale Integration, Stabilisierung von Nachbarschaften und Verbesserung des Wohnumfelds miteinander verbinden. Die Maßnahmen reichen von der Qualifizierung von Arbeitslosen für ansiedlungswillige Betriebe bis zu Aktivitäten im Rahmen eines Quartiermanagements wie der Förderung von Tauschringen und Eigenarbeit, der lokalen Ökonomie sowie einer Integration von Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs- und Sanierungsprogrammen in die Stadtteile zur Unterstützung der bürgerschaftlichen Beteiligung.

Die Untersuchung zeigt, dass es bereits gute Beispiele für vorbildliche Maßnahmen gibt:

- Integration der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik,
- lokale Beschäftigungsbündnisse,
- koordinierte Maßnahmen zur Existenzgründungsförderung,
- Armutsbekämpfungspolitik,
- Quartiermanagement,
- Nutzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Förderung des Strukturwandels,
- maßgeschneiderte Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in Unternehmen.

(5070 Zeichen)

Die ausführlichen Ergebnisse der Studie sind in den beiden folgenden Publikationen enthalten:

Zukunft der Arbeit in der Stadt

Von Dietrich Henckel, Matthias Eberling

und Busso Grabow

ISBN 3-17-016363-9

Kommunale Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-
und Beschäftigungspolitik im Vergleich.

Fallstudien zum Projekt "Zukunft der Arbeit in der Stadt"

Hrsg. von Dietrich Henckel

ISBN 3-88118-295-0

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Telefon: 030/39001-292
E-Mail: henckel@difu.de

Dr. Matthias Eberling
Telefon: 030/39001-104
E-Mail: eberling@difu.de

Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Pressestelle:
Sybille Wenke-Thiem, Telefon: 030/39001-209/-208
Telefax: 030/39001-130, <mailto:wenke-thiem@difu.de> <http://www.difu.de>
Difu-Pressestelle, Straße des 17. Juni 112, D-10623 Berlin
Der Text ist frei zum Abdruck - Belegexemplar erbeten.

URL zur Pressemitteilung: <http://www.difu.de/suche>